

WELT 1997

Krisen - Kriege - Putsche
Verhandlungen - Vermittlung - Friedensschlüsse

6. JÄHRLICHE KONFLIKTANALYSE DES

HEIDELBERGER INSTITUTS FÜR INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG e.V.

Globales Konfliktpanorama

Seit 1993 nimmt die Zahl der **gewaltsamen Konflikte** - nach einem steilen Anstieg in den 80er und frühen 90er Jahren - ab. Dieser **Abwärtstrend** setzt sich zum vierten Mal in Folge auch 1997 fort.

Das **Auffällige** ist, daß bei einer leicht gestiegenen Zahl von Konflikten die Zahl der **gewaltsam** ausgetragenen Konflikte relativ klein ist und weiterhin **abnimmt**.

- ◆ Vier Fünftel aller Konflikte werden 1997 völlig oder ganz überwiegend **gewaltfrei** ausgetragen
- ◆ Es wird nur noch jeder **fünfte** Konflikt gewaltsam ausgetragen (1995: jeder dritte, 1996 jeder vierte).
- ◆ Dennoch wurden 1997 **zwei neue** Kriege begonnen und beendet (Zaire, Kambodscha).
- ◆ Die Zahl der **laufenden Kriege** 1997 hat sich dadurch von 7 auf **9** erhöht; hingegen fiel die Zahl der gewaltsamen Krisen von 21 auf 18.
- ◆ Fast alle gewaltsamen Konflikte sind **interne** Konflikte; alle **internationalen** Konflikte werden völlig oder ganz überwiegend friedlich ausgetragen.
- ◆ Zwei Drittel aller Konflikte sind **interne** Konflikte. Nur ein Drittel aller Konflikte werden **zwischen** Staaten ausgetragen.
- ◆ Die **gewaltträchtigste** Region bleibt der Vorderer und Mittlere Orient (8 gewaltsame Konflikte), vor Afrika (7) und Asien (7). Europa hat die wenigsten gewaltsamen Konflikte (2). Auf dem amerikanischen Kontinent finden die **wenigsten** Konflikte überhaupt statt, aber ein Krieg (Kolumbien: FARC).

Konflikte	Europa		Afrika		Amerika		Asien		Orient		Gesamt		
	lfd.	neu	lfd.	neu	lfd.	neu	lfd.	neu	lfd.	neu	lfd.	neu	Sum.
Intensitätsstufen													
1: Latente Konflikte	11	0	8	1	13	1	9	2	13	0	54	4	58
2: Krisen (meist gewaltlos)	10	0	11	2	1	1	9	1	6	1	37	5	42
3: Gewaltsame Krisen	1	1	4	0	1	1	5	0	5	0	16	2	18
4: Kriege	0	0	2	1	1	0	1	1	3	0	7	2	9
Summe gewaltlos	21	0	19	3	14	2	18	3	19	1	91	9	100
Summe gewaltsam	1	1	6	1	2	1	6	1	8	0	23	4	27
Summe	23		29		19		28		28		114	13	127

Putsche	Europa		Afrika		Amerika		Asien		Orient		Gesamt
Putsche	0		1	Sierra Leone	0		0		0		1
Putschversuche	0		0		0		1	Papua-Neuguinea	0		1

Legende: **Konflikt** als Oberbegriff umfaßt Interessengegensätze (**Positionsdifferenzen**) um **nationale Werte** (Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, Grenzen und Territorium) von einiger **Dauer** und **Reichweite** zwischen mindestens zwei Parteien (Staaten, Staatengruppen, -organisationen, organisierte Gruppen), die eingeschlossen sind, sie **zu ihren Gunsten** zu entscheiden. Die **Intensität** von Konflikten kann von einem **latenten Konflikt** (Intensität 1) und einer **Krise** (Intensität 2), über eine **ernste Krise** mit Gewalteininsatz (Intensität 3) bis zu einem **Krieg** (Intensität 4) reichen. Konflikte der Intensitäten 1 und 2 haben vorwiegend **gewaltlosen** Charakter; Konflikte der Intensitäten 3 und 4 werden hauptsächlich **gewaltsam** oder kriegerisch ausgetragen. „lfd.“: 1996 bereits laufende; „neu“: 1997 begonnene, politische und militärische Konflikte, die ein Mindestmaß an öffentlicher Aufmerksamkeit erlangt haben. Nur die jeweils **höchste** Intensitätsstufe im Jahresverlauf eines Konflikts wird angegeben. Alle Angaben beziehen sich auf Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. Die Abgrenzung der **Regionen** erfolgt nach geographischer, kultureller und konfliktbestimmter Zusammengehörigkeit.

Europa

In **Albanien** brechen im Frühjahr gewaltsame Unruhen aus, nachdem durch ‚Pyramiden-Spiele‘ einige von der Regierung gestützte Kapitalanlagegesellschaften in Konkurs gingen. Ein Drittel der Bevölkerung des Landes war dadurch um seine Ersparnisse gebracht worden. Am 2.3. verhängt die Regierung den Ausnahmezustand, nachdem die Aufständischen den Süden unter ihre Kontrolle gebracht haben. Am 4.3. vermittelt der OSZE-Beauftragte

der Adria, bei dem ein Schiff der italienischen Marine ein albanisches Flüchtlingsboot versenkt.

Die Kriege im **ehemaligen Jugoslawien** sind zwar mit dem Dayton-Abkommen vom Dezember 1995 beendet, aber von einer friedlichen Konsolidierung sind die Nachfolgestaaten Kroatien, Serbien und vor allem Bosnien-Herzegowina noch weit entfernt.

Vom serbisch-kroatischen Krieg 1992 ist das noch serbisch besetzte **Ost-Slawonien**

Konflikte in Europa	Intensität 1997
Rußland (Tschetschenien)	3: gewaltsame Krise
Albanien (Unruhen) neu	3: gewaltsame Krise
Baskenland (Autonomie)	2: meist gewaltlose Krise
Bosnien (Mosl.-Kro. Föd./bosn.Serben)	2: meist gewaltlose Krise
Georgien (Abchasien)	2: meist gewaltlose Krise
Georgien (Adcharien)	2: meist gewaltlose Krise
Georgien (Südossetien)	2: meist gewaltlose Krise
Griechenland//Türkei (Ägäis)	2: meist gewaltlose Krise
Kroatien//Serbien (Ostslawonien)	2: meist gewaltlose Krise
Nordirland (Sezession)	2: meist gewaltlose Krise
Serbien (Kosovo)	2: meist gewaltlose Krise
Zypern (Teilung)	2: meist gewaltlose Krise
Frankreich (Korsika)	1: latenter Konflikt
Kroatien (Kroaten/Krajina-Serben)	1: latenter Konflikt
Moldau (Transnistrien)	1: latenter Konflikt
Rußland//Estland (Minderheiten, Grenze)	1: latenter Konflikt
Serbien (Sandschak)	1: latenter Konflikt
Serbien (Woiwodina)	1: latenter Konflikt
Spanien//Marokko (Ceuta, Melilla)	1: latenter Konflikt
Spanien//UK (Gibraltar)	1: latenter Konflikt
Ukraine (Krim) beendet	1: latenter Konflikt
Ungarn//Rumänien (Minderheiten)	1: latenter Konflikt
Ungarn//Slowakei (Minderheiten, Gabcikovo)	1: latenter Konflikt

Vranitzky, am 6.3. schaltet sich auch der Europarat ein. Es wird eine internationale Friedenstruppe unter italienischer Führung ins Land entsandt, mit deren Hilfe es bald gelingt, die innere Ordnung wiederherzustellen. Die durch die Unruhen ausgelöste Flüchtlingswelle nach Süditalien führt im April zu einem schweren Zwischenfall auf

vertragsgemäß unter UNO-Aufsicht wieder kroatischer Kontrolle zu unterstellen. Da die serbischen Freischärler entwapnet sind, die Kroaten nur zögerlich in ihre Häuser zurückkehren und eine allgemeine Kriegsmüdigkeit herrscht, ist nach UNO-Angaben mit neuerlicher Gewalt nicht zu rechnen. Die dichte Verminung des Landes, der

schleppende wirtschaftliche Wiederaufbau sowie Kompetenzprobleme zwischen Serben und Kroaten bei der Verwaltung in Vukovar sind Faktoren, die gegen eine schnelle Friedenskonsolidierung sprechen. Die Eroberung der serbisch besiedelten **Krajina** durch Kroatien und die Vertreibung der serbischen Bevölkerung im Frühjahr 1995 haben ebenfalls keine günstige Ausgangspositionen für eine nachhaltige Friedenskonsolidierung hinterlassen. Nur wenige Serben kehren in ihre Heimat zurück. Gleichzeitig wird der westliche Druck auf Kroatiens Präsident Tudjman stärker, den in der kroatischen Verfassung garantierten Minderheitenschutz auch praktisch umzusetzen.

In Serbien sind mindestens drei Minderheitenkonflikte virulent. Neben muslimischen Minderheiten in der **Woivodina** und dem **Sandschak** sind es vor allem die Albaner im **Kosovo**, die unter einer Nicht-Anerkennungspolitik und einem rigiden Zentralismus leiden. Einst als nationale Minderheit anerkannt und mit Autonomierechten ausgestattet, fehlen der albanischen Minderheit seit 1989 alle Mitspracherechte. Ein kleiner Teil der Kosovo-Albaner ist in gewaltsamen Gruppen organisiert.

In **Bosnien-Herzegowina** hat sich auf der Grundlage des Dayton-Vertrags kein Friedensprozeß entfalten können. Die massive Präsenz der IFOR-Truppen verhindert eine Eskalation des Gewaltpotentials. Dabei stehen sich nicht nur die moslemisch-kroatische Zweckallianz sowie die bosnischen Serben unversöhnt gegenüber, auch die bosnischen Serben sind in ein ‚weiches‘ Lager um Republikpräsidentin Plavsic und ein ‚hartes‘ nationalistisches Lager um Staatspräsidiumsmitglied Krajisnik gespalten.

Die vorgezogenen Parlamentswahl im serbischen Teil Bosniens am 22. und 23.11., bedingt durch Plavsics umstrittene Parlamentsauflösung, verspricht keine Klärung der inner-serbischen Machtpoben zwischen Banja Luka und Pale; nach Umfragen wird die Serbische Demokratische

Partei unter Karadzic trotz Verlusten stärkste Fraktion bleiben. Im Hintergrund bleiben Vereinigungsbestrebungen der kroatisch sowie serbisch besiedelten Nachbargebiete zu Kroatien und Serbien bestehen und verhindern die staatliche Konsolidierung Bosnien-Herzegowinas.

In keinem der fünf Konflikte Westeuropas um Minderheiten, Autonomie und Unabhängigkeit ist eine durchgreifende Lösung in Sicht.

Im Streit zwischen Spanien und Marokko um die Enklaven **Ceuta** und **Melilla** beharren beide Regierungen weiterhin auf ihren nicht zu vereinbarenden Positionen, vergleichbar mit dem latenten Konflikt zwischen Spanien und Großbritannien um die Enklave **Gibraltar**.

Im Konflikt in **Nordirland** zwischen den protestantischen Unionisten und der IRA, dem militärischen Arm der katholischen Partei Sinn Fein setzt sich das Wechselspiel aus Terror und Hoffnung fort. Die Erwartungen an einen Verhandlungsdurchbruch mit der neu gewählten Labour-Regierung und dem ‚Blair-Plan‘ haben sich nur teilweise bestätigt. So sitzen nun zum ersten Mal alle Konfliktparteien an einem Tisch. Der am 20. Juli von der IRA verkündete Waffenstillstand bleibt brüchig.

Der **korsische Separatismus** gegen die französische Regierung ist durch Aufspaltung der Bewegung und durch schwindenden Rückhalt in der Bevölkerung nachhaltig geschwächt. Frankreichs Regierung verspricht Wirtschaftshilfen für die Insel.

Die militante baskische Separatistenorganisation **ETA** ist zunehmend isoliert, gibt ihren bewaffneten Kampf jedoch nicht auf. Nach der Ermordung eines Lokalpolitikers protestieren, erstmalig in diesem Ausmaß im Baskenland, etwa eine Million Menschen in Bilbao gegen den ETA Terror.

Der Konflikt um die Teilung **Zyperns** ist unverändert ernst. Unter anderem durch die UN-Präsenz kann die gewaltsame Eskalation von mehreren Demonstrationen an der Grenzlinie verhindert werden. Eine Eskalation erfährt der Konflikt durch die grie-

chische Drohung, Flugabwehrraketen zu installieren. Bei einer Umsetzung dieses Plans droht die türkische Seite mit Krieg. Im Konflikt um den Grenzverlauf in der **Ägäis** vermeiden Griechenland und die Türkei, im Gegensatz zum militärischen Zwischenfall und den Kriegsdrohungen des Vorjahres, eine militärische Eskalation. Eine Annäherung in den Positionen bzw. ein kooperativer Verhandlungston ist von beiden NATO-Mitgliedern kaum zu erwarten.

Afrika

Das **Gebiet der Großen Seen** bleibt weiterhin die konfliktreichste und gewalttätigste Region Afrikas.

Der Bürgerkrieg in **Burundi** wird 1997 weiter von beiden Seiten geführt. Wiederholt liefern sich die Regierung unter Buyoya, der am 16.4. neuer Präsident wird, und die Hutu-Milizen schwere Gefechte. Infolge dessen erhöhen sich die Spannungen zwischen Burundi und Tansania, da beide Staaten sich gegenseitige Grenzverletzungen und Unterstützung von Rebellen vorwerfen. Nachdem bis zu 300.000 Burunder (nach UNHCR Schätzungen) nach Tansania geflohen sind, operieren die Hutu-Milizen von dort aus. Am 25.8. werden Gespräche zwischen beiden Staaten abgesetzt.

In **Ruanda** bekämpfen sich seit Mitte des Jahres die Tutsi-Armee und Hutu-Milizen der Interahamwe. Das UNHCR beendet die Rückführung von Flüchtlingen (nach eigenen Angaben 56.000) nach Ruanda am 19.7. Ausgehend von Ost-Zaire und Shaba erobern die Truppen Kabilas mit Unterstützung von Ruanda, Burundi, Uganda und Angola in wenigen Monaten ganz **Zaire**. Nachdem ein Vermittlungsversuch von Südafrikas Präsident Mandela scheiterte, flieht der bisherige Machthaber Mobutu nach Frankreich. Kabila wird am 22.5. von der EU als neuer Machthaber, am 29.5. nach seiner Selbsternennung von Ruanda,

Burundi, Sambia, Uganda, Angola und Südafrika als neuer Präsident anerkannt. Kabila kündigt nach der Umbenennung des Landes in Demokratische Republik Kongo eine neue Verfassung für 1998 und Neuwahlen für 1999 an. Nachdem Kabila für Massaker an ruandesischen Flüchtlingen (nach UNHCR-Schätzungen 200.000) von der UNO verantwortlich gemacht wird, behindert er gezielt mehrere UNO-Kommissionen, bis schließlich die 3. Kommission unter dem Togolesen Amega am 11.11. wieder einreisen darf. Im September brechen erneut Kämpfe in Ost-Zaire aus, als ruandesische Söldner nach Ruanda zurückziehen und dabei die Bevölkerung terrorisieren und mehrere Kleinstädte niederbrennen.

Nachdem das Mandat von Präsident Lisouba im August ausläuft, beginnen schwere Kämpfe in der Republik **Kongo** (Brazzaville) zwischen Lisouba und Expräsident Sassou-Ngesso. Zuvor waren Verhandlungen in Gabun über eine Übergangsregelung am 16.6. gescheitert. Nachdem Lisouba in Mobutu seinen wichtigsten Verbündeten verloren hatte, gelang es den Cobra-Milizen Sassou-Ngessos am 15.10. die Hauptstadt Brazzaville zu erobern und Lisouba zu vertreiben, der die Fortführung des Kampfes ankündigte. Sassou-Ngesso erhielt offene Unterstützung von Angola, dessen Truppen die Grenze überschritten, das Erdölzentrum Point-Noire eroberten und bei der Einnahme Brazzavilles halfen. Anschließend ziehen sie sich in das Cabinda-Gebiet zurück, wo sie weiter von Kabila unterstützt werden; Lisouba hingegen wird von der UNITA aus Angola versorgt. Am 3.11. setzt Sassou-Ngesso eine Übergangsregierung ein.

Als direkte Reaktion auf den Sturz Mobutus in Zaire eskaliert der Konflikt in **Angola**. Die Regierungsarmee unter Dos Santos und die UNITA Savimbis, die wichtige Nachschubbasen in Zaire verloren hat, geraten in heftige Kämpfe. Zuvor verzögerte sich der Friedensplan der UNO und die 7.000 Blauhelme der UNAVEM III

wurden durch 625 Beobachter ersetzt. In Folge der militärischen Aktionen in Kongo (Brazzaville) werden die Sezessionisten in **Cabinda**, Angola geschwächt, setzen ihren Kampf aber weiter fort. Ebenfalls als direkte Reaktion auf die Veränderungen in Zaire verschärft sich die Lage in der **Zen-**

Land stationierten französischen und afrikanischen Friedenstruppen in die Kaserne zurück.

Im Bürgerkrieg im **Sudan** verschiebt sich das jahrelange Kräftegleichgewicht nach der Allianz der Rebellengruppen NDA im

Konflikte in Afrika	Intensität
Kongo (ehem.Zaire) (Bürgerkrieg)	4: Krieg
Kongo Brazzaville(Bürgerkrieg) neu	4: Krieg
Sudan (Bürgerkrieg)	4: Krieg
Angola (Bürgerkrieg)	3: gewaltsame Krise
Burundi (Bürgerkrieg)	3: gewaltsame Krise
Ruanda (Bürgerkrieg)	3: gewaltsame Krise
Sudan-Uganda (Grenzkonflikt)	3: gewaltsame Krise
Angola (Cabinda)	2: meist gewaltlose Krise
Comoro (Sezession) neu	2: meist gewaltlose Krise
Eritrea-Sudan (Rebellenunterstützung)	2: meist gewaltlose Krise
Ghana (ethnische Spannungen)	2: meist gewaltlose Krise
Kenia (Unruhen)	2: meist gewaltlose Krise
Liberia (Unruhen)	2: meist gewaltlose Krise
Nigeria-Kamerun (Bakassi-Halbinsel)	2: meist gewaltlose Krise
Senegal (Casamance)	2: meist gewaltlose Krise
Sierra Leone (Bürgerkriegsfolgen)	2: meist gewaltlose Krise
Somalia (Bürgerkriegsfolgen)	2: meist gewaltlose Krise
Südafrika (Apartheidsfolgen)	2: meist gewaltlose Krise
Tschad (Bürgerkriegsfolgen)	2: meist gewaltlose Krise
Zentralafrika (Unruhen) neu	2: meist gewaltlose Krise
Djibouti (Afar)	1: latenter Konflikt
Eritrea-Djibouti (Grenze)	1: latenter Konflikt
Eritrea-Jemen (Hanisch-Inseln)	1: latenter Konflikt
Madagaskar (Sezession) neu	1: latenter Konflikt
Mali (Tuareg)	1: latenter Konflikt
Niger (Tuareg)	1: latenter Konflikt
Nigeria (Minderheiten)	1: latenter Konflikt
Somalia (Sezession Somaliland)	1: latenter Konflikt
Tansania (Sezessionsbestrebungen Sansibar)	1: latenter Konflikt

tralafrikanischen Republik. Viele ehemalige Mobutu-treuen Soldaten und zairische und ruandesische Flüchtlinge fliehen ins Land. In der Hauptstadt Bangui kämpfen - aufgrund von Soldrückständen - meuternde Soldaten und Soldaten der Regierung unter Patessa. Am 11.7. kehren die Meuterer unter der Aufsicht der bereits im

Norden und der SPLA im Süden unter Garang. Nach militärischen Erfolgen der Rebellen, die von **Eritrea, Uganda, Ägypten** und **Kenia** unterstützt werden, strebt die Regierung des Sudans erneute Friedensverhandlungen unter der Schirmherrschaft der Inter-Governmental Authority on Drought and Development (IGADD) in

Nairobi an, die am 30.10. beginnen. Wie bereits 1994 werden die Gespräche jedoch am 11.11. abgebrochen. Zuvor war bereits ein Vermittlungsversuch des ehemaligen US Präsidenten Carter gescheitert. Die Grenzzwischenfälle zwischen Uganda und Sudan setzen sich in diesem Jahr fort. Weiterhin werden wechselseitig Rebellengruppen unterstützt. Die von Sudan unterstützte Lord's Resistance Army (LRA) begeht auch weiter an den Acholi im Norden Ugandas Massaker.

Aus den relativ freien Wahlen vom 20.7. in **Liberia** geht Charles Taylor als klarer Sieger hervor und wird am 3.8. als neuer Präsident vereidigt. Die Entwaffnung der Bürgerkriegsmilizen und die Vorbereitung der Wahlen ist auf das Engagement der UNO, der Nachbarstaaten Liberias und deren Friedenstruppe, der ECOMOG, zurückzuführen.

Die Lage in **Somalia** nach dem Bürgerkrieg 1992/93 ist weiterhin unübersichtlich. Im Juli schließen verschiedene Clan-Führer ein erneutes Friedensabkommen, aber die teilweise gewaltsamen Rivalitäten der Clans untereinander bestehen fort. Ein Ende der gewalttätigen Gesamtsituation des Landes ist ebensowenig in Sicht wie eine regionale oder nationale staatliche Konsolidierung. Das sich unabhängig erklärte **Somaliland** ist zwar weitgehend befriedet, findet aber keine internationale Anerkennung.

Trotz der Politik des nationalen Ausgleichs und den Anstrengungen der Wahrheitskommission normalisiert sich die Lage in der Republik **Südafrika** nicht. Anfang November werden im Norden des Landes weiße Farmer von ehemaligen ANC und PAC Buschkämpfern überfallen. Hintergrund ist hier die schleppende Bodenreform.

In **Kenia** verschärfen sich, wie bereits 1992, die ethnischen Konflikte im Vorfeld der Wahlen. Die Unterdrückung der Opposition entwickelt sich zu Ausschreitungen gegen die Ethnien der Gikuyu, Lhuya und Luo von Seiten der Mesai und Kalenyi, zu

denen auch Präsident Moi gehört. Die Kanu-Partei Mois ist an der Planung und Ausführung der Progrome im Riftvalley offensichtlich beteiligt.

Am 25.5. putscht in **Sierra Leone** das Militär unter der Führung des Majors Koroma. Zwischen der von Nigeria angeführten Friedenstruppe ECOMOG und Soldaten der Militärjunta kommt es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Ende Oktober unterzeichnen die Putschisten und Vertreter der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS ein Abkommen, das die Machtübergabe an eine zivile Regierung für den April 1998 regeln soll.

Der Grenzkonflikt zwischen Kamerun und Nigeria um die **Bakassi**-Halbinsel besteht weiterhin. Ende Januar greift von Nigeria unterstützte Rebellen Polizeistationen im Nordwesten Kameruns an.

Die Sezessionsbestrebungen auf den **Komoren** gipfeln darin, daß sich die Inseln Anjouan und Moheli am 3.8. für unabhängig erklären. Nach einem gescheiterten Invasionsversuch am 3.9. von der Insel Grande Komore aus vermittelt Frankreich in dem Konflikt. Am 27.10. stimmt die Bevölkerung der betroffenen Inseln mit großer Mehrheit für die Unabhängigkeit, die internationale Anerkennung bleibt aus.

Auf **Madagaskar** strebt seit November die Bevölkerung der Nordprovinz unter Expräsident Zafy nach Unabhängigkeit.

Im Autonomiekonflikt zwischen **Senegal** und Teilen der Region **Casamance** zeigt auch die Deregulierungs- und Regionalisierungspolitik der Regierung wenig Erfolg für eine Beilegung des Konflikts. In der Casamance werden weiterhin vereinzelte blutige Zusammenstöße zwischen der Regierung und bewaffneten Einheiten der Separatisten gemeldet.

Ghana befindet sich zwar auf einem erfolgversprechenden marktwirtschaftlichen und Demokratie konsolidierenden Kurs, doch ethnisch-politisierte Spannungen, teilweise um Landrechte, führen wiederholt zu gewaltsamen Konfrontationen im Landesinnern.

Asien

Konflikttypologisch dominieren in Asien vor allem Sezessions- und Territorialkonflikte. Die Konfliktebenen überlagern sich dabei häufig, d.h. Forderungen nach religiöser, ethnischer und kultureller Selbstbestimmung werden mit Sezessionsbestrebungen verknüpft. Die Zahl der Konflikte hat sich kaum verändert; zwar können drei als beendet gelten, doch sind vier Konflikte neu hinzugekommen.

Südasien

Der **indische Subkontinent** ist auch 1997 Schauplatz zahlreicher teils gewaltsamer Auseinandersetzungen.

In **Sri Lanka** geht der Krieg zwischen der LTTE (Liberation Tigers of Tamil Eelam) und Regierungstruppen mit unverminderter Härte weiter (Opfer seit Juni: 750 Soldaten, 2500 Rebellen). Vermittlungsversuche von britischer Seite scheiterten. Die Regierung lehnt Vermittlung ab und nennt als

Konflikte in Asien und Ozeanien	Intensität
<i>Südasien</i>	
Sri Lanka (Tamilen)	4: Krieg
Indien (Kaschmir)	3: gewaltsame Krise
Pakistan (Karatschi; Schiiten-Sunniten)	3: gewaltsame Krise
Indien (Assam)	2: meist gewaltlose Krise
Indien (Khalistan)	2: meist gewaltlose Krise
Bangladesch (Chittagong)	1: latenter Konflikt
Bangladesch (Farakha) neu	1: latenter Konflikt
Bhutan//Nepal (Minderheit)	1: latenter Konflikt
<i>Ostasien</i>	
Korea (Teilung)	2: meist gewaltlose Krise
Tibet (Unabhängigkeit)	2: meist gewaltlose Krise
China (Uiguren) neu	2: meist gewaltlose Krise
China//Taiwan (Vereinigung)	1: latenter Konflikt
China//Hong Kong beendet	1: latenter Konflikt
China//Rußland beendet	1: latenter Konflikt
China//Vietnam et al. (Spratly)	1: latenter Konflikt
Japan//Rußland (Kurilen)	1: latenter Konflikt
Südkorea//Japan (Tokto-Inseln)	1: latenter Konflikt
<i>Südostasien</i>	
Kambodscha (Hun Sen - Ranariddh - Machtkampf) neu	4: Krieg
Kambodscha (Khmer rouge) beendet	3: gewaltsame Krise
Myanmar (Schan, Karen)	3: gewaltsame Krise
Philippinen (Muslime)	3: gewaltsame Krise
Indonesien (Aceh)	2: meist gewaltlose Krise
Indonesien (Irian)	2: meist gewaltlose Krise
Indonesien (Ost-Timor)	2: meist gewaltlose Krise
Philippinen (Kommunisten)	2: meist gewaltlose Krise
Papua Neuguinea (Bougainville)	2: meist gewaltlose Krise
Indonesien (Demokratiebewegung) neu	1: latenter Konflikt
Myanmar (Demokratiebewegung)	1: latenter Konflikt

Vorbedingung die Entwaffnung der LTTE. Um die Autonomiekonflikte im indischen **Jammu und Kaschmir** einzudämmen, wird im Mai zwischen den Regierungschefs von Indien und Pakistan eine Telefon-Hotline eingerichtet. Bei Gesprächen bekunden beide Seiten ihren Willen, das Verhältnis beider Staaten zu normalisieren. Die gegenseitigen militärischen Angriffe am 30.9. und 1.10. führen zu einem weiteren Höhepunkt des Konflikts.

In der pakistanischen Provinzhauptstadt **Karatschi** kann auch 1997 trotz verschärfter Sicherheitsmaßnahmen und der Eingliederung des Anführers der oppositionellen MQM (Mohajir Qaumi Movement) in den politischen Prozeß die Anzahl der Gewalttaten und Anschläge nicht reduziert werden.

Die Beilegung des Siedlungskonflikts zwischen bengalischen Siedlern und ansässigen indigenen Gruppen in der Provinz **Chittagong** in Bangladesch scheitert weiterhin; die Ratifizierung von Vertragsentwürfen zur Einrichtung von Räten für die indigenen Völker verzögert sich. Die indienfeindliche Bangladesch Nationalist Party, die sich für die Ausweisung von 500.000 bengalischen Siedlern aus **Bangladesch** einsetzt, droht der regierenden Awami League (AL) aufgrund unzureichender Wasserzuteilung von indischer Seite mit der Aufstellung einer militanten Anti-Regierungs-Organisation. Die BNP wirft der AL vor, sie habe 1997 mehrere Mitglieder der Oppositionspartei ermordet. Der Minderheitenkonflikt zwischen **Bhutan und Nepal** schwelt trotz wieder aufgenommenen Verhandlungen über den Status und die eventuelle Rückkehr der hinduistisch-nepalesischen Flüchtlinge nach Nepal weiter.

Die latenten Konflikte des Jahres 1996 intensivieren sich 1997 in **Assam** aufgrund mehrerer Anschläge des Bodo-Stammes, der sich seit 1988 für einen unabhängigen Staat einsetzt; ähnliche Unabhängigkeitsforderungen stellt in **Punjab (Khalistan)** die Gruppe der militanten Sikh.

Ostasien

Auf der **koreanischen Halbinsel** besteht trotz leichter Entspannungstendenzen durch den am 8.10. geschlossenen Vertrag von Bangkok, dem ersten seit 1953 (er soll mit dem Inkrafttreten am 3.4.1998 das Durchqueren der Lufträume beider Länder für Zivilflugzeuge erlauben) die Krise zwischen dem wirtschaftlich und strukturell ruinierten Nordkorea und dem prosperierenden Südkorea weiter. Belastet bleibt das Verhältnis weiterhin durch die immer wieder auftretenden Grenzzwischenfälle.

Die VR China setzt in **Tibet** die bisherige Besatzungspolitik fort. Der ideologisch und machtpolitisch belastete Konflikt zwischen der VR **China und Taiwan** bleibt ohne besondere Vorkommnisse latent bestehen. Dies kann im Zusammenhang mit der friedlichen Rückgabe **Hongkongs** an die VR China am 1.7. gesehen werden. In der „gemeinsamen Erklärung“ der VR **China und Rußland** werden am 10.11. in Peking sämtliche Grenzkonflikte offiziell für beendet erklärt. Unklare Grenzverläufe sollen gemeinsam festgelegt werden. Beide Seiten unterstreichen, daß sie kein Abkommen geschlossen hätten; weiterhin ausgeklammert bleibt der Status der Inseln im Ussuri-Fluß; allerdings wird eine gemeinsame Nutzung vereinbart.

Der Streit zwischen China, den Philippinen, Vietnam, Malaysia, Taiwan, Brunei und Indonesien um einzelne Besitzrechte an den erdölbereichen **Spratly- und Paracel-**Inselgruppen besteht weiter. Zwischen der VR China und den Philippinen ereignen sich im April und Mai auf offener See militärische Zwischenfälle.

Im Konflikt zwischen **Japan und Rußland** um die Kurilenfrage zeichnet sich eine Lösung ab. Am 2.11. bekunden in Krasnojarsk Ministerpräsident Hashimoto und Präsident Jelzin den Willen, bis zum Jahr 2000 einen Friedensvertrag zu schließen. Die Kurilenfrage wird nicht direkt angesprochen. Südkorea unterstreicht mit dem Bau einer Anlegestelle seinen Anspruch auf die **Tokto-Inseln**. Die japani-

sche Regierung protestiert daraufhin offiziell.

Die autonome Region **Xinjiang** im Nordwesten Chinas ist reich an Bodenschätzen und besitzt eine strategisch wichtige Lage. Von den 16 Millionen Einwohnern stellen die einheimischen turksprachigen **Uiguren** mit 8 Millionen die Mehrheit. Sie befürchten die Dominanz der zugewanderten Han-Chinesen, die mittlerweile fast 40% der Bevölkerung ausmachen. Am 5.2. beginnen schwere Unruhen. Auslöser sind junge Uiguren, die in Yining für die Unabhängigkeit ihrer Region demonstrieren. Die chinesische Regierung verhindert mit massivem Einsatz von Sicherheitskräften eine Ausweitung der Proteste. In den folgenden Tagen werden mindestens 100 Uiguren hingerichtet. Es folgen Bombenanschläge in der Region, und auch in Peking, zu denen sich die uigurische „Organisation für die Freiheit von Turkestan“ bekennt. Der Iran und die afghanischen Taliban liefern Waffen und Sprengstoff an die Sezessionisten.

Südostasien

Auf den **Philippinen** liefern sich die Moro Islamic Liberation Front (MILF) und die Regierungstruppen Gefechte. Im Juli wird ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet. Am 14.11. lenkt auch die MILF in ein Waffenverzichtsabkommen ein. Als Vermittler agiert Nur Misuari, der Gründer der Moro National Liberation Front (MLNF), die bereits 1996 den bewaffneten Kampf eingestellt hat. Der zweite Konflikt auf den **Philippinen** zwischen der Regierung und den kommunistischen Rebellen ist noch nicht formal beendet, aber die Schlagkraft der Kommunisten hat aufgrund interner Auseinandersetzungen nachgelassen. Präsident Ramos führt mit Teilen der Kommunisten Friedensgespräche.

In **Indonesien** trägt bei den Wahlen zum Unterhaus am 29.5. die Golkar-Partei den Sieg davon. Die Oppositionspartei PDI ist zu den Wahlen zwar zugelassen, aber die

prominenteste Oppositionsführerin Megawati bleibt ausgeschlossen. Am 27. und 28.7. brechen nach 20 Jahren wieder schwere Unruhen beim Versuch der Polizei, die von Megawati besetzte PDI-Zentrale zu stürmen, aus. Regierung und Militär verstärken daraufhin den Druck auf die Demokratiebewegung. Von der UNO vermittelte Gespräche über **Ost-Timor** zwischen Indonesien und Portugal Mitte Juni in New York bleiben ergebnislos. Trotz einiger Unruhen hat das Militär die Lage in Ost-Timor durch zahlenmäßige Verstärkung weitgehend unter Kontrolle. Die Konflikte in **Aceh** und **West-Irian** in Indonesien bestehen durch die Zusammenstöße ethnischer Gruppen (Aceh) und Oppositioneller (Irian Jaya) mit den Sicherheitskräften in unveränderter Stärke weiter.

Der Machtkampf in **Kambodscha** zwischen den beiden rivalisierenden, gleichberechtigten Ministerpräsidenten Hun Sen und Prinz Ranariddh (FUNCINPEC) geht Mitte Juni in einen offenen, bewaffneten Konflikt über. Am 7.7. entmachtet Hun Sen Prinz Ranariddh, wonach dieser sowie Mitglieder des Königshauses und der FUNCINPEC ins Ausland fliehen. Humanitäre Hilfe, ausländische Investitionen und die ASEAN-Aufnahme wurden als Reaktion auf den Putsch gestoppt. Einen von König Sihanouk und den ASEAN-Staaten vorgelegten Friedensplan lehnt Hun Sen ab. Der Krieg zwischen den Milizen beider Parteien, die durch übergetretene Rote-Khmer-Kämpfer verstärkt werden, führt zur Flucht einiger Tausend Kambodschaner nach Thailand. Pol Pot wurde von seinem Weggefährten Ta Mok entmachtet, festgenommen und in einem Schauprozess zu lebenslanger Haft verurteilt.

Im **Bougainville**-Konflikt auf **Papua Neuguinea** werden im März Pläne für den Einsatz von Söldnern (Sandline Int.) gegen die Bougainville Revolutionary Army (BRA) bekannt. Australien übt Druck gegen ihren Einsatz aus; Teile des Militärs von Papua-Neuguinea unter General Singirok rebellie-

ren daraufhin. Singirok wird abgesetzt, Premierminister Chan muß zurücktreten. Neuer Regierungschef wird am 22.7. Bill Skate. Daraufhin wird am 10.10. ein Waffenstillstandsabkommen zwischen BRA und der Regierung geschlossen. Am 25.10. wird die seit sieben Jahren bestehende Blockade Bougainvilles durch die Sicherheitskräfte aufgehoben. Australien und Neuseeland haben zu seiner Überwachung Friedenstruppen entsandt.

In **Myanmar** kämpfen Splittergruppen der MTA (Mong Tai Army) trotz eines Separatfriedens des Council For Peace And Development (vormals SLORC) mit 15 ethnischen Gruppen weiter. Eine militärische Offensive der Regierungstruppen schwächt die Milizen der KNU und KNLA (Karen). Die Militärjunta in **Myanmar** unterdrückt weiterhin effektiv die Demokratiebewegung, deren Hauptfigur, die Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi ist. Am 22.4. geben daher die USA Wirtschaftssanktionen gegen Myanmar bekannt.

Vorderer und Mittlerer Orient

Maghreb/Nordafrika

Der Bürgerkrieg zwischen den islamischen Fundamentalisten der GIA und der Regierung **Algeriens**, der seit 1992 60.000-80.000 Tote gefordert hat, wird mit zunehmender Brutalität fortgeführt. Ganze Dörfer werden bei regelrechten Massenhinrichtungen ausgelöscht. Die Parlamentswahlen im Juni sowie die Kommunalwahlen im November, unter Ausschluß der 1992 siegreichen Islamischen Heilsfront (FIS), bestätigen die Partei des Staatspräsidenten Zéroual.

Der militante Kampf islamischer Fundamentalisten gegen die Regierung **Ägyptens** eskaliert im November nach einem Anschlag in Luxor, der mehr als 50 Todesopfer unter den Touristen fordert. Auch

Kopten werden Opfer von Terroranschlägen.

Der Konflikt zwischen Marokko und der Frente Polisario um die Unabhängigkeit **West-Saharas** dauert trotz einer UN-Vermittlungsinitiative von James Baker für ein baldiges Referendum, an. Beide Parteien bemühen sich jedoch, den Konflikt nicht zu eskalieren. Im September einigen sich die Konfliktparteien auf eine baldige Volksabstimmung.

Der Konflikt zwischen dem **Sudan** und **Ägypten** um den gemeinsamen östlichen Grenzverlauf bleibt virulent.

Die Sanktionen, u.a. ein Luftverkehrsverbot, der **UNO gegen Libyen**, die im Zusammenhang mit dem Vorwurf, Libyen unterstütze den internationalen Terrorismus, verhängt wurden, bleiben bestehen. Libyen weigert sich auch weiterhin, entgegen dem Drängen der USA und Großbritanniens, zwei mutmaßliche Attentäter des Lockerbie Anschlages auszuliefern.

Arabischer Osten

Der militärische Konflikt zwischen den **verfeindeten Kurdenparteien** PUK (Patriotische Union Kurdistans) und DPK (Kurdische Demokratische Partei) flammt im Oktober wieder auf. Die von Teheran unterstützte PUK beschuldigt die Türkei, die im Konflikt bislang ergebnislos vermittelt, zunehmend die DPK militärisch zu unterstützen, indem sie Gebiete der PUK-Anhänger südlich des 36. Breitengrades bombardiere. Ein im Oktober durch die USA vermittelter Waffenstillstand wird nach wenigen Tagen aufgekündigt. Irakische Truppen haben bislang offiziell nicht in die Kämpfe eingegriffen.

Die **Türkei** unternimmt im Mai und Oktober zwei Großoffensiven mit 50.000 bzw. 15.000 Mann gegen die kurdischen Aufständischen der PKK im Nordirak. Offiziell folgt die Türkei damit einem Hilfesuch der DPK, die sich einem Bündnis der PKK mit der PUK gegenüber sieht. Bei den Kämpfen im Mai sollen bis zu 2.500 PKK-

Konflikte im Orient	Intensität
<i>Maghreb/Nordafrika</i>	
Algerien (Islamisten gg. Regierung)	3: gewaltsame Krise
Ägypten (Islamisten gg. Regierung)	2: meist gewaltlose Krise
Libyen//USA,UN	2: meist gewaltlose Krise
West-Sahara (Referendum)	2: meist gewaltlose Krise
Sudan//Ägypten (Grenzverlauf)	1: latenter Konflikt
<i>Arabischer Osten, Iran und Türkei</i>	
Irak (Kurden//Kurden)	4: Krieg
Türkei//Kurden (PKK)	4: Krieg
Irak (Kurden)	3: gewaltsame Krise
Israel//Libanon (Hisbollah)	3: gewaltsame Krise
Israel//Paläst. Autonomiebehörde	3: gewaltsame Krise
Irak (Schiiten)	2: meist gewaltlose Krise
Irak-UNO/USA (Rüstungsinspektionen) neu	2: meist gewaltlose Krise
Iran (Opposition)	2: meist gewaltlose Krise
Iran (Rushdie)	1: latenter Konflikt
Iran//Irak (regionale Macht)	1: latenter Konflikt
Israel//Syrien (Golan)	1: latenter Konflikt
Türkei//Rußland (Meerengen-Passage)	1: latenter Konflikt
<i>Golf</i>	
Bahrein (islamische Opposition)	2: meist gewaltlose Krise
Bahrein//Katar (Grenze)	1: latenter Konflikt
Iran//Vereinig. Arab. Emirate (Grenze)	1: latenter Konflikt
Jemen (interne Machtkämpfe)	1: latenter Konflikt
Jemen//Saudi Arabien (Grenze)	1: latenter Konflikt
Katar//Saudi Arabien (Grenze)	1: latenter Konflikt
Saudi Arabien//Kuwait (Grenze)	1: latenter Konflikt
<i>Zentralasien und (Trans-)Kaukasus</i>	
Afghanistan (Bürgerkrieg)	4: Krieg
Tadschikistan (regionalistische Opposition)	3: gewaltsame Krise
Armenien//Azerbaidjan (Berg-Karabach)	1: latenter Konflikt
Rußland, Iran gg.USA (Kaspisches Erdöl)	1: latenter Konflikt

Kämpfer getötet worden seien.

Zwischen dem **Irak** und der **UNO** eskalieren im November latente Spannungen um den Zugang zu den militärischen Einrichtungen durch Inspektoren der IAEA (Internationale Atomenergie Behörde). Als Reaktion auf die Ausweisung der US-Inspektoren verstärken die USA ihre Luftstreitkräfte am Golf. Nach russischer Vermittlung kehren die Inspektoren zurück, dennoch bleibt ihnen der Zugang zu einigen Anlagen verwehrt.

Am 17. 1. tritt zwischen **Israel** und der **Palästinensischen Autonomiebehörde** das Hebron-Abkommen in Kraft, das den Abzug von 80% der israelischen Truppen aus Hebron vorsieht. Israelische Sicher-

heitskräfte und Palästinenser liefern sich vor dem Hintergrund des geplanten Baus einer jüdischen Siedlung auf dem Hügel *Har Homa* gewalttätige Auseinandersetzungen. Israel verschiebt zudem den geplanten Abzug seiner Truppen aus Teilen der palästinensischen Autonomieregionen und begrenzt den Truppenabzug auf nur 9% des Westjordanlandes. Dadurch erlahmt der Friedensprozeß im Laufe des Jahres. Die Vermittlungsbemühungen der USA haben noch keine Lösung erzielen können. Den Raketenangriffen der **HAMAS** von südlibanesischen Stellungen auf nordisraelische Siedlungen begegnet Israel mit Vergeltungsanschlägen. Die Verhandlungen zwischen **Syrien** und **Israel** um die Golanhöhen bleiben festgefahren. Syrien beharrt auf der Formel

„Land gegen Frieden“ während Israel Sicherheitsgarantien verlangt.

Der Mordauftrag **Irans** gegen den Schriftsteller S. Rushdie durch die iranische Führung bleibt bestehen. Die iranische Luftwaffe bombardiert Ende September Stützpunkte der oppositionellen iranischen Volksmujahedin im Irak.

Zentralasien

Der Bürgerkrieg in **Afghanistan** ist weiterhin durch wechselnde Erfolge der Kriegsparteien gekennzeichnet. Die u.a. von Pakistan und damit indirekt von den USA unterstützte islamistische Taliban-Miliz scheitert im Mai mit einer Großoffensive im Norden des Landes, von dem es Anfang Mai 2/3 Drittel beherrscht. Bis Juli gelingt es der von Teheran unterstützten Oppositionsallianz, bestehend u.a. aus Truppen des früheren Ministerpräsidenten *Hekmatyar*, dem usbekischen General *Malik* und dem tadschikischen General *Masud* die Grenzen von Anfang des Jahres wiederherzustellen. Eine weitere Offensive der Taliban im September kann ebenfalls zurückgeschlagen werden.

In **Tadschikistan** schließen nach dem im Dezember 1996 von der UNO vermittelten Waffenstillstand am 27.6. Präsident *Rachmanov* und der Führer der tadschikischen Oppositionsparteien *Nuri* in Moskau unter russischer Vermittlung einen Friedensvertrag. Dieser sieht u.a. den Einsatz einer nationalen Versöhnungskommission vor. Im August brechen erneut Kämpfe zwischen rivalisierenden Milizen aus.

Amerika

In den erneut konfliktärmsten Regionen Nord-, Zentral- und Südamerika überwiegen wie im vergangenen Jahr Deeskalation und Stabilisierung. Putsche oder Putschversuche hat es wiederum nicht gegeben. Erhöhte Beachtung fanden die spektakuläre Geiselnahme der Tupac Amaru in Peru, die Absetzung des ecuadorianischen Präsidenten Bucaram und die zeitweise Eskalation des Konfliktes in Kolumbien.

Der Krieg mit dem „Leuchtenden Pfad“ in **Peru** ist beendet, wenngleich der Konflikt krisenhaft weiterbesteht. Die gespaltene Guerilla ist nur noch zu sporadischen Aktionen, wie Bombenanschlägen und Überfällen fähig. Die Rückkehr von Flüchtlingen und der Wiederaufbau in der einstigen Hochburg Ayachucho demonstrieren zunehmende Normalität. Diese Normalität, mit dem vom Präsidenten proklamierten „Sieg über Inflation und Terrorismus“ wird mit der Besetzung der japanischen Botschaft in Lima am 18.12.1996 in Frage gestellt. Ein 14köpfiges Kommando der Revolutionären Bewegung Tupac Amaru (MRTA) nimmt etwa 500 Gäste eines Empfanges als Geiseln. Darunter sind ranghohe in- und ausländische Politiker und Diplomaten.

Die Erstürmung ist die größte Geiselnahme, die je in Lateinamerika stattgefunden hat. Die Guerilleros fordern die Freilassung ihrer 450 Genossen eine Verbesserung der Haftbedingungen, eine Änderung der Wirtschaftspolitik und die Entfernung der „japanischen Imperialisten“. Die Regierung lehnt dies ab und läßt auch die gestellten Ultimaten verstreichen. Es entwickelt sich ein wochenlanges Tauziehen, in dem die Regierung nur über freies Geleit für eine Ausreise nach Kuba verhandelt. Die MRTA läßt sukzessive Geiseln frei Nach vier Monaten stürmt eine 140köpfige Spezialeinheit die Residenz durch einen Tunnel und befreit die verbliebenen 72 Gei-

seln. Alle 14 Guerillas sowie zwei Soldaten und eine Geisel verlieren dabei ihr Leben.

Nach den von der Staatsführung zu Anfang des Jahres verhängten dramatischen Preiserhöhungen kommt es in **Ecuador** zu Demonstrationen und einem Generalstreik. Am 6.2. beschließt das Parlament den Präsidenten Abdalá Bucaran wegen „geistiger Unfähigkeit“ abzusetzen. Es wird ein Ausnahmezustand verhängt, und Bucaran muß das Land verlassen. In einem referendum am 25.5. wird die Absetzung Bucarans von 74% der Wähler gebilligt. Mit der Bestätigung des Nachfolgers Fabián Alarcón ist die Krise beendet.

Nach dem propagandistischen Erfolg einer Freilassung von 70 gefangenen Soldaten in **Kolumbien** initiiert Präsident Samper auf Druck aus der Wirtschaft und der Öffentlichkeit eine neue Friedensinitiative, sowohl mit den beiden noch kämpfenden Guerillagruppen **ELN und FARC**, als auch mit paramilitärischen Einheiten. Zwar

gibt sich auch die Führung der FARC verhandlungsbereit, dennoch gehen Angriffe auf größere Militäreinrichtungen und Anschläge auf Öl-Pipelines und Fördereinrichtungen weiter. Die Guerillas finanzieren sich mit Drogenhandel, Erpressung und Entführungen. Trotz der Verhaftung der gesamten Spitze des **Drogenkartells von Cali** sind Anbau und Handel nicht zurückgegangen. Daher erteilen die USA erneut eine ungenügende Beurteilung (Zertifikation) bei der Drogenbekämpfung, verzichten aber auf Sanktionen. Präsident Samper, der die Vorwürfe seine Wahlkampffinanzierung durch die Drogenmafia nicht recht widerlegen konnte, bringt daher eine Verfassungsänderung ins Parlament ein, wonach Drogenbosse an die USA ausgeliefert werden können. Der Präsident Samper selbst konnte Vorwürfe, in die Drogengeschäfte verwickelt zu sein, nicht glaubhaft widerlegen.

In **Mexiko** ist der Friedensprozeß trotz einer Waffenruhe zwischen der Zapatistischen Befreiungsarmee (EZLN) und der

Konflikte in Amerika	Intensität
Kolumbien (Guerilla: FARC)	4: Krieg
Kolumbien (Guerilla: ELN)	3: gewaltsame Krise
Peru (Geiselnahme) neu, beendet	3: gewaltsame Krise
Ecuador (Bucaran) neu, beendet	2: meist gewaltlose Krise
Peru („Leuchtender Pfad“)	2: meist gewaltlose Krise
Argentinien//Großbritannien (Falkland)	1: latenter Konflikt
Bolivien//Chile (Meereszugang)	1: latenter Konflikt
Ecuador//Peru (Amazonas)	1: latenter Konflikt
Guatemala (Guerilla) beendet	1: latenter Konflikt
Guatemala//Belize (Grenze)	1: latenter Konflikt
Haiti (Folgen der Intervention) beendet	1: latenter Konflikt
Kanada (Sezession Quebec)	1: latenter Konflikt
Kanada//USA (Lachsfang) neu	1: latenter Konflikt
Kolumbien//Venezuela (Monjes-Inseln)	1: latenter Konflikt
Mexiko (Chiapas: Zapatisten)	1: latenter Konflikt
Mexiko (Guerrero: ELN)	1: latenter Konflikt
Nicaragua//Kolumbien (San Andres)	1: latenter Konflikt
USA-Kuba (Embargo-Politik)	1: latenter Konflikt
Venezuela// Guyana (Essequibo)	1: latenter Konflikt

Armee blockiert. Die Regierung scheint nicht bereit, das Abkommen vom letzten Jahr umzusetzen. Um Druck auf die Zapatisten auszuüben, toleriert sie Angriffe von Paramilitärs auf Sympathisanten der Guerilla. Die nach wie vor kompromißlosen Positionen beider Seiten lassen eine baldige Lösung unwahrscheinlich erscheinen. Auch die im Bundesstaat Guerrero agierende Guerilla der ELN hat nach den Überfällen vom September 1996 keine neuen Aktionen gestartet.

Am 29.12.1996 unterzeichnen in **Guatemala**-Stadt Vertreter der Regierung und Kommandanten der URNO unter Vermittlung der UNO ein Friedensabkommen und beenden damit offiziell den 34 Jahre alten Konflikt. Die Guerilla wird aufgelöst und sammelt sich in einer Partei. Im Mai verlassen die ersten 155 UNO-Militärbeobachter das Land.

Der seit 150 Jahren bestehende Konflikt zwischen **Ecuador** und **Peru** um das Gebiet der Kondorberge ist trotz der Bemühungen der Garantiestaaten Brasilien, Chile, Argentinien und USA, einer Lösung nicht

nähergekommen. Latente ungelöste Grenzfragen bestehen weiter zwischen **Kolumbien** und **Venezuela** um die Monjes-Inseln, zwischen **Nicaragua** und **Kolumbien** um die San-Andres Inseln sowie um die Gebietsansprüche von **Guatemala** an **Belize**. Auch der Anspruch von **Venezuela** an **Guyana** auf die Essequibo-Region, das Streben **Boliviens** nach einem Meereszugang durch **Chile** hindurch und schließlich der Konflikt um die Falkland-Inseln zwischen **Argentinien** und **Großbritannien** existieren weiter.

Die Auseinandersetzung um die Loslösung der frankophonen Provinz **Quebec** von Kanada schwelt trotz des Referendums latent weiter, da die Zentralregierung noch keinen modus vivendi finden konnte.

Der permanente Konflikt zwischen den **USA** und **Kuba** bleibt nach wie vor akut. Als Folge des Drucks der EU und der UNO, die das Helms-Burton Blockadegesetz für illegal erklären, suspendiert US Präsident Clinton am 16.1. und erneut am 16.7., für jeweils 6 Monate den Vollzug der verschärften Sanktionen der USA gegen Kuba.

Herausgeber: Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung HIIK e.V.

Redaktion: Christoph Rohloff

Adresse: Heidelberger Institut für internationale Konfliktforschung e.V.
am Institut für Politische Wissenschaft
Marshallstr. 6, 69117 Heidelberg
Tel: 06221-543198; Fax: 06221-542896
Email: info@hiik.de
URL: <http://www.hiik.de>

Mitarbeiter dieser Ausgabe: Christian Bauer, Dr. Peter Billing, Christian Blasberg M.A., Peer Böhrnsen, Helge Carstens, Kai Escherich, Aura Ibanez, Sabine Klotz M.A., Hendrick Lehmann, Prof. Dr. Frank R. Pfetsch, Frank Plamboeck, Christoph Rohloff M.A., Hardi Schindler M.A. und Du-Chel Sin M.A..

Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung HIIK e.V. ist ein gemeinnütziger eingetragener Verein, der sich der Erforschung, Dokumentation und Prognose interner und internationaler politischer Konflikte widmet. Der Verein wurde von den Mitarbeitern des 1991 abgeschlossenen Forschungsprojekt KOSIMO am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg gegründet.

Datenbank KOSIMO:

KOSIMO ist eine Datenbank mit z.Z. 661 gewaltsamen und nicht gewaltsamen politischen Konflikten weltweit zwischen 1945 und 1995. Jeder Konflikt ist mit dreißig Variablen codiert. KOSIMO ist demnächst vollständig auf der HIIK-Seite im Internet abrufbar.

Konfliktbarometer

Das HIIK veröffentlicht jeweils im Dezember ein Konfliktbarometer. Das Konfliktbarometer gibt auf der Grundlage des von Prof. Dr. Frank R. Pfetsch entwickelten Konfliktsimulationsmodells KOSIMO die jährliche Soll- und Haben-Bilanz des globalen Konfliktgeschehens wieder. Das Konfliktbarometer ist nach fünf Weltregionen gegliedert und führt alle aktuellen Konflikte in ausführlichen Tabellen und die wichtigsten Konflikte in kurzen, beschreibenden Textteilen auf. Ferner sind die globalen Trends im Konfliktverhalten der Staaten sowie die im jeweiligen Jahr ergriffenen Maßnahmen zur Konfliktbeilegung aufgenommen. Das Konfliktbarometer wird kostenlos verteilt.

Archiv

Das HIIK unterhält ein umfassendes Zeitungsarchiv für alle Konflikte weltweit seit 1990. Dieses Archiv wird laufend mit Meldungen aus deutschsprachigen und internationalen Zeitungen und Journalen aktualisiert. Auf Anfrage sind Auszüge erhältlich

Anwendungen

Das HIIK erstellt regionale oder globale Auszüge, Auszählungen und Analysen aus der KOSIMO-Datenbank für Journalisten, Interessierte, Forschende, Institute und öffentliche Einrichtungen.

Publikationen u.a. mit KOSIMO-Daten

Billing, Peter: Eskalation und Deeskalation internationaler Konflikte. Ein Konfliktmodell auf der Grundlage der empirischen Auswertung von 188 internationalen Konflikten seit 1945. (Europäische Hochschulschriften, Reihe XXXI, Politikwissenschaft) Frankfurt am Main 1992

Billing, Peter: Zuckerbrot und Peitsche: Vermittlungsaktionen der Supermächte in internationalen Konflikten. In: N.Ropers/T.Debiel (Hrsg.): Friedliche Konfliktbearbeitung in der Staaten- und Gesellschaftswelt. Bonn: Stiftung Entwicklung und Frieden 1995, S.112-131

Heidelberger Studien zur Internationalen Politik. Vol.I-VI. Hrsg. von Frank R. Pfetsch. LIT Verlag: Münster

Matthies, Volker/**Rohloff**, Christoph/**Klotz**, Sabine: Frieden statt Krieg. Gelungene Aktionen der Friedenserhaltung und Friedenssicherung 1945-1995. Reihe Interdependenz, Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn, Nr.21, 1996

Pfetsch, Frank R.: Internationale und nationale Konflikte nach dem Zweiten Weltkrieg. In: PVS, 32.Jg.,1991, H2, S.258-285

Pfetsch, Frank R. (Hrsg.): Konflikte seit 1945. Daten. Fakten. Hintergründe. Freiburg 1991 (5 Bände)

Pfetsch, F.R./**Billing**, P.: Datenhandbuch nationaler und internationaler Konflikte. Baden-Baden 1994

Pfetsch, Frank R. (Hrsg.): Globales Konfliktpanorama. 1990 bis 1995. Münster 1996

Pfetsch, Frank R./**Rohloff**, Christoph: Global Trends of Conflicts 1945-1995. Fifty years of violent and peaceful political conflicts in and among states (i.E.)

Rohloff, Christoph: Empirische Konfliktforschung und Umweltkonflikte: Methodische Probleme, in: Carius, A./Lietzmann, K (Hg.): Umwelt und Sicherheit, Berlin u.a., i.E.

Schindler, Hardi: Konflikte in Südamerika. Münster: Lit Verlag (i.E.)

Trautner, Bernhard: Konstruktive Konfliktbearbeitung im Vorderen und Mittleren Orient. Ansätze der De-eskalation und Beilegung nationaler und internationaler Konflikte 1945-1995. Münster: Lit Verlag 1997

Maßnahmen der Konfliktbearbeitung

Die 1997 neu ergriffenen friedlichen und militärischen Maßnahmen der Konfliktbearbeitung unterscheiden sich von denen in den vorangegangenen Jahren vor allem dadurch, daß die Initiativen zu Verhandlungen weniger von den Internationalen Organisationen, sondern verstärkt von den betroffenen Staaten, bzw. von Großmächten ausgehen. Besonders Rußland ist auf eine friedliche, konsensuale Konfliktbeilegung seiner internen und internationalen Konflikte bemüht.

Auch einzelstaatliche Vermittlungsaktionen können Bewegung in die stockenden Verhandlungen einiger lang anhaltender Konflikte bringen (Nord-, Südkorea, Papua-Neuguinea, Georgien/Abchasien). Hingegen sind in Ost- und Südostasien

mehrere gewaltsame Eindämmungsversuche zur Konfliktbeendigung unternommen worden.

Die wenigen, 1997 neu ergriffenen Maßnahmen zur Konfliktbearbeitung auf dem afrikanischen Kontinent spiegeln das Fehlen wirk-samer Strategien und nachhaltigen Engagements zur Eindämmung von gewaltsamen innerstaatlichen Konflikten in autoritären Staaten einerseits sowie in zunehmend schwachen, sich auflösenden Staaten andererseits.

Mögliche Konflikte, die durch lokale, regionale und globale Umweltschädigung besonders in ökologisch fragilen Regionen mitverursacht werden, verdienen eine erhöhte Aufmerksamkeit der Internationalen Organisationen.

1997 erstmals ergriffene Maßnahmen	Europa	Afrika	Amerika	Asien	Orient	Sum.
Einvernehmliche Lösung (z.B. Abkommen, Friedensvertrag)	3 Rußland//Ukraine (Grundlagenvertrag) Rußland//Tschetschenien (Pipelineabkommen) Rußland//Moldawien//Ukraine (Memorandum)	1 Sudan: mehrere Teilabkommen zw. Rebellen-gruppen		3 China//Rußland Japan//Rußland China//UKI: (Hong Kong)		7
Einvernehmliche Lösung/ mit Hilfe Dritter					1 Tadschikistan (Reg./Opp.): Rußland	1
Waffenstillstandsabkommen/Truppenabzug				2 Papua-Neuguinea Philippinen (Muslime)	2 Irak (DPK//PUK) Israel//Paläs.	4
Neue Verhandlungen (I) mit Hilfe Dritter	1 Georgien (Abchasien)/UNO	3 Komoren/ Frankreich, OAU Zaire/Südafrika, USA Sudan (IGADD, Jimmy Carter)	4 Peru//Ecuador /Garantiestaaten	2 Papua-Neuguinea/ Australien, Neuseeland Nord-/Südkorea /USA	1 IRAK//UNO: USA	11
Gerichtsurteil						
Neue Verhandlungen; diplomat. Beziehungen	1 Nordirland				1 Bahrain//Katar	2
Beendigung durch Drohung						
Friedensmission	1 Albanien (OSZE)					1
Deeskalation durch militär. Intervention	1 Türkei: Nordirak	1 Zentralafr.Rep.: Frankreich				2
Eindämmung oder Beendigung durch Gewalt		2 Burundi Zaire	1 Peru (Geiselnahme)	4 China (Uiguren) Myanmar (Karen) Kambodscha (Khmer rouge) Kambodscha (Hun Sen)		7

